

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 15 (1935-1936)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Um die Arbeitsbeschaffung  
**Autor:** Meierhans, Paul  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332470>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Um die Arbeitsbeschaffung

Von Dr. Paul Meierhans

Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende April rund 90,000. Gegenüber dem Höchststand von 124,000 Ende Januar bedeutet das einen Rückgang um 34,000, aber gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres (72,000) ein Plus von 18,000 Arbeitslosen. Der abgeschwächte Pulsschlag unseres wirtschaftlichen Lebens kommt ferner zum Ausdruck in den immer weiter sinkenden Einnahmen der Bundesbahnen, in den zusammenschrumpfenden Zahlen des auswärtigen Handels. Der berühmte Silberstreifen am weltwirtschaftlichen Horizont findet in der Schweiz noch keinen Abglanz. Im Gegenteil. Es hat den Anschein, als ob der Tiefpunkt der Krise in unserem Lande noch nicht erreicht sei. Findet die Politik des Bundesrates in der bisherigen Richtung weiterhin eine Mehrheit im Parlament, so muß mit mathematischer Sicherheit mit einer weiteren Verschlechterung gerechnet werden. Die *Arbeitslosigkeit* dürfte bloß vorübergehend, saisonmäßig, in den Sommermonaten abnehmen, um auf den nächsten Winter hin zu noch *nie gesehener Höhe* anzuschwellen. Sank der tiefste Stand der Arbeitslosigkeit im letzten Sommer auf 60,000, kann diesen Sommer im günstigsten Fall auf ein Minimum von 70,000 »gehofft« werden.

Ob 60,000 oder 70,000, diese Zahl ist für ein so kleines Land zu groß. Besonders dann, wenn wir bedenken, daß es sich um die *Minimalzahl der dauernd Arbeitslosen* handeln soll. Der Vorbeimarsch dieser Armee des Elends, in Viererkolonnen eingestellt, nähme *sechs Stunden* in Anspruch. Es braucht wenig Phantasie, um sich vorzustellen, was das bedeutet; welche Unsumme an Unglück, zerstörten Lebensträumen, Verzweiflung sich hier summiert. Viele sehen das nicht, nur weil diese Arbeitslosenarmee nicht geschlossen an ihnen vorbeimarschiert oder weil ihr Herz vertrocknet ist, um ein wenig Vorstellungsvermögen aufzubringen für das Unglück anderer.

Die *Jugend* wird um den schönsten Teil ihres Lebens betrogen; sie wird des Glückes der Entfaltung ihrer Fähigkeiten beraubt und ihre Seelen werden verdunkelt von den Sorgen; ihr Geist verkümmert unter dem Drucke einer Last, der sie nicht gewachsen ist. Aber ebenso trostlos ist die Lage aller andern, vor allem auch der *ältern* Arbeitslosen, die mit 40, 45 und 50 Jahren bereits als überzählig gelten, erfolglos von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte wandern, weil sie schon zu — *alt* sind. Jugendliche verderben, Familien werden zerstört, Aeltere fallen der Verzweiflung, dem Selbstmord, der Trunksucht, dem Laster anheim — das ist die *Dauerarbeitslosigkeit*.

Zu der wirtschaftlichen Zerrüttung gesellt sich die geistige, seelische; zur wirtschaftlichen Unruhe die gesellschaftliche und politische. Alle Werte werden umgewertet, alle Begriffe in ihr Gegenteil verkehrt. Unter dem Gebirgsdrucke der Arbeitslosigkeit lockert sich das Gefüge der ganzen menschlichen Gemeinschaft, die Menschenmassen werden reif für die Diktatur, für den Führerwahn, ja, zum Kriege.

Zeichen einer ähnlichen Wandlung im schweizerischen Volkskörper sind vorhanden, diese Zersetzungserscheinungen deuten sich an. Wer Ohren hat, zu hören, hört unter der Decke der äußeren Ruhe deutlich das Knistern im eidgenössischen Gebälk. Wir dürfen uns nicht abfinden mit der Arbeitslosigkeit, sondern wir alle, ohne Ausnahme, sind verantwortlich und haben nach Mitteln und Lösungen zu suchen, um dieses Krebsgeschwür zu beseitigen, wenn wir nicht wollen, daß es uns mit zerstört.

Die Arbeitslosen beklagen sich mit Recht, daß Behörden und Beamte sich viel zuwenig der *Schwere* des Problems bewußt sind, zuwenig begreifen, daß *rasche Lösungen* (und nicht bloß Worte und Versprechungen, Pläne und Projekte) vonnöten sind. Dem Arbeitslosen brennt die Not auf den Nägeln. Es geht wirklich, unmittelbar, um seine physische und geistige Existenz. Er hat nicht gelebt von Reden, auch nicht von Projekten, die in zehn oder zwanzig Jahren verwirklicht werden. Nein, er braucht *jetzt, heute*, Arbeit und Brot. Da hat er das Gefühl, daß ob lauter Studien, wie den Arbeitslosen geholfen werden kann, nichts zustande kommt, der Arbeitslose vor lauter gutem Willen der Behörden (dem aber keine Tat entspricht) zugrunde geht.

*Die Schweiz kann besser helfen.* Sie ist heute noch ein reiches Land. Sie verfügt trotz aller Verluste an Auslandsanlagen noch immer über Kräfte und Mittel genug, um keinen ihrer Volksgenossen im Stich lassen zu müssen. Natürlich kostet das Opfer und Anstrengungen, selbstverständlich muß der Ueberfluß etwas abgeben, müssen neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gefunden, auch alte Bequemlichkeiten und liebe Gewohnheiten aufgegeben werden.

\*

Die Arbeitslosigkeit ist durch *Arbeitsbeschaffung* zu bekämpfen. Unterstützung ist ein Notbehelf. Wo keine Arbeit gegeben werden kann, ein unverjährbares und unverlierbares *Anrecht*. Arbeit kann beschafft werden durch Vermehrung der innern oder der äußern Arbeitsgelegenheiten. Exportförderung durch eine *intelligente Handelspolitik* bedeutet ebenso sehr Arbeitsbeschaffung wie Straßenbau im Lande.

Im Lande selbst fehlt es nicht an objektiven, sachlichen Voraussetzungen, um Arbeitslose zu beschäftigen. Das viel zuwenig beachtete Gutachten Grimm/Rothpletz hat eine Unmenge praktischer Vorschläge gebracht. Es ging diesem Gutachten leider wie den Dichtungen: viel belobt und wenig gelesen! Einzig die Bundesbahnen hätten an *dringlichen* Arbeiten gemäß Aufstellung des genannten Gutachtens einen Betrag von 158 Millionen zu vergeben, wobei die bloß *erwünschten* Verbesserungen an Linienführungen, Bahnhofanlagen, Ausbau auf Doppelspur, Beseitigung von Niveauübergängen nicht eingerechnet sind. »Auf alle Fälle könnten technisch noch für Hunderte von Millionen Franken Arbeiten bereitgestellt werden.« Das nur bei den Bahnen! Nicht zu reden vom Ausbau des Straßennetzes, der Beseitigung ungesunder Wohnungen in den Altquartieren unserer Städte, den Wegverbesserungen und der Verbesserung der Unterkunft für Mensch und Vieh, den Wildbach- und Lawinenverbauungen in den Alpen usw.

Wenn vor zwei Jahren die beiden Gutachter des Bundesrates noch mit der Annahme rechneten, es gelte für 50,000 Arbeitslose Arbeit zu beschaffen, so zeigt sich der Ernst der Lage heute darin, daß diese Ziffer auf mindestens 70,000 zu erhöhen ist.

Der zweite Weg der Arbeitsbeschaffung besteht in der Förderung unseres Exports. Man hat hier versucht, durch Exportbeihilfen die Hindernisse zu überwinden, ferner durch die Kompensationsabkommen, die zweiseitigen Handelsverträge und die Beseitigung der Meistbegünstigungsklausel. Einiges wurde erreicht. Aber lange nicht genügend. Vor allem zeigt es sich, daß die Drosselung der Einfuhr (zum Schutze des inländischen Produzenten) sich immer mehr zu einer *Drosselung der Ausfuhr* auswächst, ferner haben wir die Erscheinung, daß die Kompensationsabkommen zu einer Verteuerung unserer Einfuhr beitragen. Mit diesem System kommen wir gezwungenermaßen dazu, unsern Bedarf weit über Weltmarktpreisen zu bezahlen. Wie sollen wir *uns* an die Weltmarktpreise anpassen können, wenn wir nicht einmal mehr die Vorzüge des freien Marktes bei der Eindeckung unseres Rohstoffbedarfes und der Lebensmittel genießen? Die gegenwärtige Handelspolitik der Schweiz ist in eine *Sackgasse* geraten, sie droht zu einer Verschärfung der Krise zu führen, indem die von ihr angewandten Methoden entweder wirkungslos bleiben oder in ihren Konsequenzen gerade das zerstören, was sie anzustreben scheinen.

Die Schaffung einer *staatlich kontrollierten Exportbank* drängt sich auf, die nicht nur als Exportfinanzierungsinstitut funktioniert, sondern in weitem Umfange auch die Kompensationsgeschäfte zusammenfaßt und damit alle Möglichkeiten einer Belebung unseres Exports ausschöpft. Große Mittel des Staates wären einzuschießen als Betriebs- und Garantiekapital, wobei die Beteiligung von Banken, Industrie und Handel nicht nur erwünscht, sondern geboten wäre. Das maßgebende Wort müßte aber bei den Interessen der Oeffentlichkeit liegen, um jede spekulative Gewinnabsicht oder Förderung privater Bereicherungsziele zum vornherein zu verunmöglichen. Dieser staatlich kontrollierten Exportbank könnte dann auch ein in der jüngsten Zeit vorgeschlagenes System der *Einfuhrlizenzen gegen Ausfuhrscheine* zur Förderung des Warenaustausches mit dem Ausland zur ausschließlichen Durchführung überbunden werden. Noch besser wäre selbstverständlich die Monopolisierung des gesamten Außenhandels, aber da nach den heutigen politischen Machtverhältnissen eine solche umwälzende Neuordnung für die nächste Zeit wohl nicht zu erwarten ist, sind alle andern Mittel auszuprobieren, die geeignet erscheinen, über die heutige Stagnation und Krise im Export hinwegzuhelfen. Die Lohnabbauerei und die totale oder die differenzielle Anpassung an den Weltmarkt führen immer weiter ins Verderben. Neue Wege und Methoden müssen zum mindesten ausprobiert werden. Oder man glaube, daß zum Beispiel die *Wechselkursenkung* uns auf einfacherem Wege viel weitergehende Möglichkeiten der Wirtschaftsbelebung erschließe, nicht zum wenigsten auf dem innern Markt. Aber man kann nicht die Abwertung des Frankens ablehnen, das Außenhandelsmonopol verwerfen, das Leistungs-

system als zu kompliziert ausschalten, die bisherige Handelspolitik als zu wenig erfolgreich bekämpfen, und gleichzeitig eine Belebung unseres Exports bloß von heißen Wünschen erwarten. *Für etwas muß man sich entscheiden.* Weder die Aufnahme der regulären Beziehungen mit Rußland noch die Rüstungskonjunktur im Innern durch die Annahme der Militärkredite vermögen unsere ganze Arbeitslosigkeit aufzusaugen. Ein durchdachtes System der Exportförderung hat an Stelle der Exporthilfen von Fall zu Fall zu treten. Nur so wird es möglich sein, von der Exportseite her die Arbeitslosigkeit im Lande wirksam zu bekämpfen, die Hindernisse im Ausland zu überwinden, die für den einzelnen oder für eine private Gruppe unübersteiglich sind.

\*

Aber beides, innere und äußere Arbeitsbeschaffung, ist eine Frage der *Mittelbeschaffung*. In der inneren Arbeitsbeschaffung zeigt sich immer mehr, daß die finanzielle Unterstützung und Förderung durch den Bund losgelöst werden muß von den Voraussetzungen gleicher finanzieller Leistungen von Kantonen und Gemeinden. Eine Reihe von Kantonen und Hunderte von Gemeinden sind einfach nicht mehr imstande, ihre Anteile aufzubringen, um in der bisherigen Form produktive Arbeitslosenfürsorge zu betreiben und damit auch der Bundesmittel teilhaftig zu werden. Nennen wir da nur Neuenburg und die Gemeinden im Jura. Wie sollen Gemeindeverwaltungen, die nicht einmal mehr den ordentlichen Zinsendienst ihrer Anleihen aufbringen, imstande sein, produktive Arbeitslosenfürsorge in ausreichendem Maße zu betreiben? *Arbeit muß aber her!*

Es bleibt nichts anderes übrig, als daß durch eine völlige Neuordnung die Lücken geschlossen werden. Es ist unseres Erachtens gar nicht einzusehen, warum für Zwecke der Arbeitsbeschaffung nicht in vermehrtem Umfange der *Staatskredit* herangezogen werden soll. Die Nationalbank muß verpflichtet werden, in einem Betrage von mindestens 100 Millionen Reskriptionen der notleidenden Gemeinden und Kantone zu diskontieren, gegen den Nachweis, daß die den Gemeinden auf diesem Wege zur Verfügung gestellten Mittel ausschließlich für zusätzliche Arbeitsbeschaffung Verwendung finden. Die französischen Gewerkschaften fordern von der neuen Volksfrontregierung 20 bis 25 Milliarden und betonen dabei: Für einen Krieg fände der Staat von heute auf morgen unbeschränkte Mittel, warum nicht für die Organisation des Friedens? Das gleiche gilt für uns. Aber wenn man glaubt, die Golddeckung unserer Noten unbedingt auf 100 Prozent hinauf-treiben zu müssen, so ist es Aufgabe der Behörden, auf anderem Wege die Finanzierung zu suchen. Durch eine Vermögensabgabe, durch Anleihen, Prämienobligationen oder durch eine Staatslotterie. Die Krisenbekämpfung, diese »moralische und ethische Frage erster Ordnung«, darf nicht scheitern an der Mittelbeschaffung — oder man wolle das ganze gesellschaftliche Gefüge erschüttern.

Die Arbeitslosen sind mit Recht nicht mehr gewillt, ihr Los ruhig zu dulden. In Genf haben sie durch den eigenmächtigen Beginn des Häuserabbruchs, in Rikon-Zell (Kanton Zürich) durch eigenmächtigen

Straßenbau ihren Willen zur Arbeit bekundet. Aber noch etwas mehr: diese Selbsthilfe ist ein Sturmzeichen! Möge man in den Berner Amtsstuben und anderswo das begreifen und rasch handeln, bevor es zu spät ist!

---

## Vollmachten wozu?

Von Alfred Hunziker

Seit Jahren spukt das Vollmachtengespenst in der schweizerischen Politik. Der erste Vorstoß des Bundesrates, sich in allen wirtschaftlichen Fragen die ganze Gesetzesvollmacht anzueignen, wurde von der ständerätlichen Kommission schon vereitelt. Der nächsten Sommersession wird nun ein zweiter Entwurf unterbreitet, indem wieder unbeschränkte Vollmachten in wirtschaftlichen Fragen verlangt werden; denn die beiden neuen Einschränkungen (daß die Entscheidungen des Bundesrates nachträglich vom Parlament genehmigt werden müssen, außerdem nicht das Gleichgewicht des Bundeshaushaltes gefährden dürfen), sind überhaupt keine Beschränkungen. Eine seit Monaten wirksame Politik kann die Bundesversammlung nachträglich nicht durch einen Beschluß beseitigen und ihre Folgen nicht einfach aus der Welt schaffen. Im übrigen haben wir schon seit dem Finanzprogramm I die gesetzliche Bestimmung, daß keine Ausgabe ohne Deckung beschlossen werden darf. Diese Bestimmung ist Papier geblieben, sie hat uns nicht vor dem Finanzprogramm II verschont, und es besteht nicht die geringste Garantie, daß die neueste Einschränkung in einem Vollmachtengesetz nicht auch unbeachteter Buchstabe bleiben wird. Niemand, der ernst genommen werden will, kann bestreiten: ein Vollmachtenbeschluß, der nicht inhaltlich genau begrenzt ist, muß zu einer Generalvollmacht führen! Der Bundesrat aber verzichtet auf eine klare Angabe der mit einer Vollmacht durchzuführenden Schritte. Gerade diese Unterlassung drängt uns die Frage auf: Was will der Bundesrat mit den Vollmachten?

Eine genaue Durchsicht der neuen Ergänzungsbotschaft des Bundesrates ermöglicht es uns, auf diese Frage eine zureichende Antwort zu geben. Wir möchten in den nachfolgenden Ausführungen einen Vergleich anstellen, inwieweit die »Grundlinien« der bundesrätlichen Politik mit den Grundsätzen der »differentiellen Kostensenkung« von Böhler und Keller übereinstimmen, die wir hier als die »Theoretiker des Bundesrates« bezeichnet haben (vgl. Februarheft der »Roten Revue«).

Die »Ergänzungsbotschaft« ist nicht nach einem einheitlichen, wissenschaftlichen Gesichtspunkt disponiert. Es werden drei Gebiete nebeneinandergestellt, durch die sich nicht, einem roten Faden gleich, eine die ganze Wirtschaft umspannende Auffassung zur Ueberwindung der Krise zieht, sondern die nur durch den Versuch zusammengehalten werden, *die Stützung der landwirtschaftlichen Preise und den Abbau auf den übrigen Gebieten* miteinander zu vereinen. Sinn und Zweck dieser Bot-